

Abgeordnete spendeten fast 1,3 Millionen Euro

Vereinsvorsitzende MdL Diana Skibbe zur Bilanz 22 Jahre Alternative 54 Erfurt e.V.

In diesem Jahr beging die Alternative 54 Erfurt e.V. ihr 22jähriges Vereinsjubiläum. Das Ziel dieses 1995 durch 12 Abgeordnete der PDS-Landtagsfraktion gegründeten Vereins besteht darin, eine glaubhafte Alternative zum Diätenautomatismus im Artikel 54 der Thüringer Verfassung darzustellen. Alle Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE sind Mitglieder und reichen jeden Monat eine nicht unerhebliche Summe ihrer Diäten weiter.

Diese Gelder wiederum werden für soziale, kulturelle sowie Sport- und Bildungsprojekte in Thüringen wieder an die Gesellschaft zurückgeführt. Bis zum 30. November dieses Jahres haben wir so 3.350 Vorhaben fördern können. Unsere Gesamtsumme für wichtige Ehrenamtsprojekte hat sich damit auf 1.239.000 Euro erhöht, also runde 1,3 Millionen Euro.

Im Dezember wurden und werden weitere 24 Zuwendungen übergeben. Damit werden wir allein im Jahre 2017 mit rund 92.000 Euro 247 Projekte in Thüringen unterstützt haben, darunter ein Ernährungsberatungsprojekt des Tumorzentrums Gera sowie ein Musikprojekt für behinderte Kinder und Jugendliche in Schmalkalden.

„Damit hat sich auch im Jahr 2017 die kontinuierlich positive Entwicklung der Alternative 54 Erfurt e.V. bestätigt. Mein Dank gilt allen Mitgliedern, die mit ihren Spenden dies ermöglichten, aber auch den Antragstellern. Jeder Antrag an unseren Verein ist Ausdruck des Vertrauens“, so die Vorsitzende der Alternative 54, die Abgeordnete Diana Skibbe. *Maria Funke*



Kürzlich übergab die Eisenacher Wahlkreisabgeordnete Kati Engel einen Spendenscheck der Alternative 54 an Uta Lapp, Vorsitzende des Schwerhörigen-Vereins Eisenach e. V. (Foto unten). Kathrin Nartschinski vom offenen Jugend- und Wahlkreisbüro RosaLuxx in Eisenach informierte, dass gerade Hörgeschädigte im Beruf eine ganze Reihe von Problemen haben. Im Verein können sie sich mit anderen Schwerhörigen austauschen. So kann über die vielen unterschiedlichen Anforderungen an den Berufsalltag gesprochen werden oder es werden Fachleute eingeladen, die mit arbeitsrechtlichen Tipps weiterhelfen. „Das Geld der Alternative 54 e.V. benötigt der Schwerhörigen-Verein, um neue Hilfsmittel, wie z. B. neue Hörschleifen und Kopfhörer, anzuschaffen. „Selbsthilfegruppen leisten einen unverzichtbaren Beitrag in unserer Gesellschaft. Umso mehr freue ich mich, dass die Alternative 54 dieses ehrenamtliche Engagement für die Hörgeschädigten unterstützt

und ich den Scheck überbringen durfte“, so die Abgeordnete Kati Engel.“

Über ein weiteres Beispiel berichtete die Wahlkreismitarbeiterin Ilona Burandt: Die Wahlkreisabgeordnete Ina Leukefeld übergab eine Spende an den Turnverein Suhl e.V. (Foto oben). Das Geld kam dem Projekt „Sportliche Kinder – und Jugendarbeit im TVS“ zugute. Der Verein um die engagierte Trainerin Karin Riedel leistet seit vielen Jahren eine hervorragende Arbeit und ist eine Toppadresse für sportbegeisterte Kinder und Jugendliche, weit über die Grenzen Suhls hinaus anerkannt. ■



Abschaffung der Rasseliste rückt näher - Entscheidung im Januar möglich

Nach der Grundsatzentscheidung zur Abschaffung der Rasseliste so genannter „gefährlicher“ Hunde haben die Koalitionsfraktionen dem Innenausschuss einen Kompromiss vorgelegt, der in einem erneuten schriftlichen Anhörungsverfahren bewertet werden soll. Dazu MdL Sabine Berninger:

„Die Gefährlichkeit eines Hundes soll an seinem Verhalten festgemacht und kann auf Antrag des Hundehalters nach einem erneuten Wesenstest widerlegt werden.“ Strittig sei noch, ob bis zu diesem Antrag eine Frist im Gesetz festgeschrieben werden soll: Die CDU hat in ihrem Änderungsantrag eine Frist von mindestens zwei Jahren festgelegt, Rot-Rot-Grün formuliert eine Frist von neun Monaten und wird die Anzuhörenden konkret danach fragen. „Auf einen verbindlichen Sachkundenachweis für alle Hundehalterinnen konnte sich die Koalition leider nicht einigen. In § 5 ist nun aber eine Regelung aufgenommen, die der zuständigen Behörde eine Anordnungs-

befugnis für eine Sachkundeprüfung einräumt, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Art der Haltung geeignet ist, eine Gefährlichkeit des Hundes zu fördern.“ Gemeinden sollen die Hundesteuer ermäßigen können, wenn freiwillig eine erfolgreiche Sachkundeprüfung nachgewiesen wird. „Das ist freilich eine Entscheidung, die allein in der Regelungskompetenz der Gemeinden liegt, jedoch ist die Formulierung im Gesetz ein Signal an Gemeinden und HalterInnen, dass wir eine verantwortungsvolle Hundehaltung als beste Prävention zur Vorbeugung von Gefahren sehen“, so die Abgeordnete. Im Gesetzentwurf ist nach wie vor ein Zucht-, Handels- und Vermehrungsverbot für gefährliche Hunde geregelt. „Mit der Streichung der Rasseliste ist die bisher vorgeschriebene Unfruchtbarmachung gestrichen, die aus tierschutzrechtlicher Sicht u.a. vom Tierschutzbund und von der Landestierärztekammer kritisiert worden war. Ich hoffe, dass unsere Änderungsvorschläge bei den Menschen,

die in Thüringen nun schon seit sieben Jahren für die Rehabilitation ihrer Hunde und für ‚Halterkunde statt Rasseliste‘ kämpfen, auf Zustimmung stoßen und das geänderte Gesetz im Januar endlich beschlossen werden kann“, sagte Sabine Berninger. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

Nebenbei NOTIERT

von Annette Rudolph

Das Format

„Sie sind gescheitert! Sie stehen mit leeren Händen!“ Wieder und wieder erhob er seine Stimme, die sich fast zu überschlagen schien und dennoch, wie oft in solchen Situationen, merkwürdig bemüht wirkte. Mike Mohring, der CDU-Fraktionsvorsitzende, versuchte zu begünden, warum sie diese Sondersitzung mit dem Titel „Thüringer Ministerpräsident muss die Vertrauensfrage stellen“ beantragt hatten. Die Tage zuvor war schon allerhand Spott und Hähme ob dieses merkwürdigen Ansinnens durch den Blätterwald gezogen. Gar das Wort Feigling verbunden mit der Frage, warum er selbst nicht im Landtag gegen Bodo Ramelow kandiere, machte sich breit.

Warum auch sollte der MP die Vertrauensfrage stellen. Dafür besteht nicht die geringste Veranlassung. Von wegen „leere Hände“. Rot-Rot-Grün hat geliefert. Beispiele gefällig? Bildungsfreistellungs-gesetz; die bundesweit besten Regelungen für direkte Demokratie in den Kommunen; Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre; Erhöhung des Blindengeldes, Einführung eines Gehörlosengeldes; Landesprogramme für geförderte Beschäftigung und das neue Kita-Gesetz mit dem gebührenfreien Jahr.

Es sei schon rührend, wenn die Opposition die Regierung um Unterstützung bittet, sie möge ihr doch dabei helfen, sich selbst abzulösen, meinte denn auch der Chef der Staatskanzlei Benjamin-Immanuel Hoff in der Landtagssondersitzung am 12. Dezember. Die zweite übrigens auf Antrag der CDU-Fraktion innerhalb von nicht einmal drei Wochen.

Auch Hoff's abschließendem Satz ist nichts hinzuzufügen: „Herr Mohring, es reicht nicht aus, Ministerpräsident werden zu wollen, man muss auch das Format dazu haben. Deshalb heißt der Ministerpräsident Thüringens Bodo Ramelow.“ ■